



**Julia Willie Hamburg
Niedersächsische Kultusministerin**

Hannover, 5. Februar 2024

Sehr geehrte Schulleitungen,
liebe Kollegien an den Schulen,
liebe Mitarbeitende in den Schulverwaltungen,

in der öffentlichen Diskussion steht zum Schulhalbjahresende traditionell die Quote der Unterrichtsversorgung im Fokus, auch wenn alle an Schule Beteiligten wissen, dass diese für den realen Schulalltag nur bedingt aussagekräftig ist. Die Krankheitswelle in diesem Herbst und Winter in Kombination mit einem kurzen Schuljahr fordern Sie in besonderem Maße heraus und führen immer wieder zu unangenehmen, aber notwendigen Abwägungsentscheidungen. Mit Blick auf die Unterrichtsversorgung lässt sich feststellen, dass es in diesem Jahr vorerst gelungen ist, ein weiteres Absenken der Unterrichtsversorgung zu verhindern – trotz eines erneuten erheblichen Anstiegs der Anzahl der Schülerinnen und Schüler (+ 8.640 im Vergleich zum Vorjahr). Die Unterrichtsversorgung in unserem Bundesland liegt aktuell bei 96,9 %, was eine leichte Verbesserung um 0,6 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Sollten Sie sich die Pressekonferenz zur Unterrichtsversorgung anschauen wollen, finden Sie diese unter folgendem Link: <https://www.youtube.com/watch?v=dIAs6ST2Yzc>

Diese leichte Verbesserung ist gerade mit Blick auf die bundesweite Fachkräftemangelsituation positiv. Für Sie bedeutet dies dennoch, dass Sie weiterhin mit Personalengpässen an Ihren Schulen umgehen müssen. Wir werden weiter daran arbeiten, Ihnen hierbei Unterstützung zukommen zu lassen und Ihre Handlungsfähigkeit zu erhalten. Wir werden weiterhin alle Hebel in Bewegung setzen, um Fachkräfte zu gewinnen und zu qualifizieren, aber auch Maßnahmen zur Entlastung und Unterstützung (weiter) zu entwickeln.

Der Haushalt 2024 erlaubt uns hier, weitere Schritte zu gehen. Ganz oben steht die stufenlose Erhöhung der Besoldung von Lehrkräften mit Lehramt Grund-, Haupt- und Realschule auf A13 sowie auf A10 für Fachpraxislehrkräfte. Ein wichtiger Bestandteil ist zudem die Beschäftigung von mehr nicht lehrendem Personal mit dem Ziel, mehr Multiprofessionalität zu erreichen und zusätzliche Ressourcen zu schaffen. Dafür wurde die Beschäftigung aus Programmen wie zum Beispiel „Startklar in die Zukunft“ fortgesetzt.

Wir haben die Mittel zur Beschäftigung von Vertretungslehrkräften an den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen um 10 Mio. Euro erhöht. Das Gesamtvolumen liegt nun bei rund 46 Mio. Euro. Des Weiteren konnten wir Mittel zur Beschäftigung von zusätzlichem befristetem Personal, beispielsweise durch pensionierte Lehrkräfte und Lehramtsstudierende, zur Verfügung stellen. Diese Optionen wurden vollständig ausgeschöpft.

Es ist ein gutes Signal, dass es im vergangenen Jahr erneut gelungen ist, deutlich mehr Lehrkräfte für den Schuldienst zu gewinnen, als im gleichen Zeitraum ausgeschieden sind. Gleichwohl gilt es weiter daran zu arbeiten, noch mehr Menschen für diesen Beruf zu gewinnen, beispielsweise durch Lehrkräfte, deren im Ausland erworbene Abschlüsse erfolgreich anerkannt werden, und Quereinsteigende. Um die Anträge schneller bearbeiten zu können, werden wir zusätzliches Personal bereitstellen – und arbeiten zugleich an Wegen, die Verfahren zu vereinfachen und zu verbessern, damit Sie die Fachkräfte schnell einstellen können. Darüber hinaus geht die berufsbegleitende Qualifizierung für sogenannte Ein-Fach-Lehrkräfte im Bereich der Zweifachqualifizierung zum kommenden Sommersemester in die zweite Runde. Hier schreiben wir jährlich im Schulverwaltungsblatt die Plätze aus. Weitere Qualifizierungsmöglichkeiten sind derzeit in Planung.

Die Care-Stellen, die in der Pandemie zusätzlich entstanden sind, konnten wir ebenso verstetigen und zusätzliche Stellen im Bereich der Arbeitspsychologie schaffen. Mit dem Programm „Stark starten“ pilotieren wir in diesem Jahr, wie wir nach dem Referendariat Berufseinsteigende besser begleiten können. Mit den Bildungsverbänden diskutieren wir derzeit intensiv weitere Maßnahmen, weil vollkommen klar ist, dass uns der Fachkräftemangel noch länger erhalten bleiben wird und wir noch eine Menge zu tun haben, um Sie bei der Bewältigung dieser Herausforderung noch besser zu unterstützen. Danke, dass Sie in den Schulen und Schulverwaltungen mit sehr viel Engagement und Kreativität Lösungen für den Umgang mit dem Fachkräftemangel und zur Personalgewinnung ergreifen.

Auch wir suchen immer nach Wegen, um Vorgänge einfacher zu gestalten. Daher freue ich mich sehr, dass es beispielsweise gelungen ist, gemeinsam mit dem zuständigen Wirtschaftsministerium eine Verständigung über die Anhebung der Direktvergabeauftragswertgrenze auf 10.000 Euro (netto) zu erzielen. Viele Vergabeverfahren auch im Bereich Klassenfahrten werden somit obsolet – nicht alle, doch insgesamt ist das eine deutliche Vereinfachung. Das Wirtschaftsministerium setzt diese Maßnahme nun um und wir werden Sie informieren, sobald diese Änderung greift. Auch werden wir künftig die Ressourcen für die Sprachförderung anhand der Lernenden mit Sprachförderbedarf verteilen – ohne ein umständliches Antragsverfahren durch die Schulen. Auch dadurch streben wir an, Sie von unnötiger Bürokratie zu entlasten.

In den Schulen nimmt die Zahl der Kinder, die die Mindeststandards bei den Basiskompetenzen nicht erreichen, zu. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Zahl der Konflikte und insbesondere der heftiger ausgetragenen Konflikte ebenso zunimmt wie herausforderndes Verhalten. Wir werden vor diesem Hintergrund als Land Niedersachsen zum kommenden Schuljahr einen transparenten Sozialindex einführen, um Schulen bei diesen Herausforderungen zielgenauer zu unterstützen. Zudem nehmen wir die Unterstützungsstrukturen vor diesem Hintergrund noch einmal stärker in den Blick. Bund und Länder haben sich auf die Eckpunkte für das Startchancenprogramm geeinigt. In diesem gemeinsamen Programm sollen Schulen in sozial herausfordernder Lage ganz gezielt unterstützt werden, um ihre Lernenden besser zu begleiten und zu fördern. Die teilnehmenden Schulen werden anhand des Sozialindex ermittelt. Wir werden jetzt mit dem Bund die genaue Umsetzung besprechen, um dann zu Beginn des neuen Schuljahres mit den Schulen das Programm vorbereiten und implementieren zu können. Ich werde Sie diesbezüglich informieren. Im April planen wir darüber hinaus mit dem Sozial-, Innen- und Justizministerium gemeinsam eine Veranstaltung zur Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen. Denn klar ist, dass Schule alleine in diesen für junge Menschen belastenden Zeiten aufgrund der Konflikte und Kriegsgeschehen und den Nachwirkungen der Corona-Pandemie diese Probleme nicht auffangen kann.

Immer wieder tauschen wir uns zu den Herausforderungen für Schulen im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz aus. Zweifelsohne gehen damit perspektivisch, wenn die Programme weiter ausgereift sind, viele Chancen für spannenden Unterricht und Arbeitserleichterungen einher. Gleichzeitig werden dadurch viele Fragen mit Blick auf Prüfungsformate, Unterrichtsgestaltung und Rolle von Wissen und Fake News aufgeworfen. Mit 60 Schulen erproben wir nun deshalb viele dieser aufkommenden Fragen mit dem Ziel, schnellstmöglich Regelungs- und Handlungssicherheit zu schaffen. Ich möchte Sie auch auf unsere Fortbildungsangebote zu diesem Thema aufmerksam machen: Aktuell finden Sie die Selbstlernkurse unter <https://bildungsportal-niedersachsen.de/digitale-welt/sprachmodelle-gestuetzt-durch-kuenstliche-intelligenz> Voraussichtlich ab dem 5. Februar können Sie Fortbildungsangebote hierzu zudem unter www.nlc.info finden.

Zu guter Letzt erlaube ich mir noch einen Hinweis auf die erste Schulwoche im März und zwei weitere besondere Tage in den kommenden Monaten, denn trotz des kurzen Schulhalbjahres stehen in dieser Zeit viele relevante Ereignisse an: In der Woche vom 4. bis 8. März finden dieses Jahr aufgrund der Europawahl sowohl die Woche der beruflichen Bildung, der EU-Projekttag an Schulen als auch der Internationale Weltfrauentag statt. Eine spannende Chance, diese Themen vernetzt zu denken, zugleich natürlich für eine Woche eine Menge Themen – aber wie sagt man so schön: Man muss die Feste feiern, wie sie fallen. Am 23. Mai ist der Tag

des Grundgesetzes. Hierzu erhalten Sie einen gesonderten Brief gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten. Am 9. Juni findet zudem die Europawahl statt und erstmals dürfen auch 16-Jährige wählen. Hierfür bereiten das Europäische Informationszentrum, die Landeszentrale für politische Bildung ebenso wie die Landesregierung Materialien und Formate vor, um Sie bei diesen Themen zu unterstützen. Wir werden Sie entsprechend informieren.
Ich wünsche Ihnen und uns ein erfolgreiches zweites Schulhalbjahr und dass wir in diesem Jahr 2024 wieder mehr Luft haben für Schulentwicklung und pädagogische Arbeit!

Herzliche Grüße

Julia Willie Hamburg

Julia Willie Hamburg